Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ M.,
incl. Bringerlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 M.
mit Postbeförderung 48 M.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 60 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 321. Freitag den 17. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern, welche um Aufnahme ihrer Ostern 1883 schulpflichtig werdenden Kinder in die Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben ihre Gesuche **von jetzt an bis spätestens den 25. dieses Monats** auf dem Rathhause in der Schulexpedition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr **persönlich** anzubringen und die ihnen vorzulegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig das Zeugniß über das Alter des anzumeldenden Kindes und den Impfschein vorzulegen.

Leipzig, am 11. November 1882.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Bekanntmachung.

Die am 6. Juni d. J. verstorbene **Frau Geh. Rath Prof. Dr. Haenel** hat, einem Wunsche ihres vorverstorbenen Gemahls entsprechend, aus ihrem Nachlaß **drei Bilder**, nämlich ein Oelgemälde („Marktplatz in Ostende") von **Reber**, ein Aquarell von **Opitz** und eine Federzeichnung von **Rathe**, dem hiesigen **städtischen Museum** letztwillig zugewendet.

Nachdem wir beschlossen haben, diese Schenkung für das Museum anzunehmen, bringen wir dies zur öffentlichen Kenntniß und rufen der edlen Geberin unseren herzlichsten Dank nach.

Leipzig, den 13. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die Herren Kaufmann Eugen Heinz hier und Rittergutsbesitzer Theodor Solbrig auf Kötteritzsch haben das im vorigen Jahre einige Zeit im hiesigen städtischen Museum ausgestellt gewesene als Selbstporträt Albrecht Dürer's bezeichnete Bild mit der Jahreszahl 1493 dem Museum zum Geschenk angeboten.

Wir bringen diese besonderes Interesse bietende, von uns angenommene Schenkung mit dem Ausdruck unseres wärmsten Dankes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 13. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Von der Kantine des 2. Bataillons 8. Inf.-Regmts. Nr. 107 sollen die Lieferungen der nachverzeichneten Artikel vergeben werden. Die Bedingungen, unter denen diese Lieferungen zu leisten, sind in Stube Nr. 158, Flügel B der Pleißenburg-Kaserne, von 10—11 Uhr früh und 2—3 Uhr Nachmittags einzusehen. Offerten sind unter Adresse des Bataillons bis 20. dss. Mts. einzureichen.

Es sind zu liefern: Bäckerwaaren, Fleischerwaaren, Butter, Käse, Bier, Schnaps, Materialwaaren, Cigarren, Rauch- und Schnupftabake, Militairputzmaterialien.

Ueber den Termin der Prüfung der offerirten Waaren wird spätere Mittheilung erfolgen.

Förster,
Major und Bataillons-Commandeur.

Submission.

Die Lieferungen von Wurst, Schwarz- und Weißbrod, Schnaps, Butter, Käse, Cigarren u. dto. Heringe für die Bataillons-Kantine des 1. Bataillons 8. Infanterie-Regiments Nr. 107 sind auf 1 Jahr, vom 1. December 1882 bis Ende November 1883, zu vergeben. Proben nebst Preisangaben sind bis 21. d. Mts. Kaserne Pleißenburg, Flügel A, I., Stube Nr. 80 abzugeben.

Die Verwaltungs-Commission.

Nichtamtlicher Theil.

Zur parlamentarischen Lage.

Der Inhalt der preußischen Thronrede hat, wie wir nunmehr übersehen können, nach keiner Seite hin überrascht; auf sämmtliche Vorlagen war man theils durch die Auslassungen der Officiösen, besonders der „Prov.-Correspondenz", vorbereitet, theils entsprach er demjenigen der kaiserlichen Botschaft bei Eröffnung des neugewählten Reichstages im vorigen Jahre. Gleichwohl vermag doch Niemand einzusehen, wie es möglich sein soll, die in der Thronrede angedeuteten Vorlagen zur Erledigung zu bringen, wenn eben, was doch immerhin nicht zu umgehen, dem Reichstage Zeit bleiben soll, seine Pflicht auch nur einigermaßen zu erfüllen.

Darüber ist kein Zweifel, daß es unmöglich ist, wie von vielen Seiten angenommen wurde, daß der Landtag mit seinen Arbeiten bis zum April zum Abschluß gelange. Seine Hauptaufgabe ist selbstverständlich die Feststellung des Etats. Nun soll, wie behauptet wird, das Aufgabebedürfniß in mancher Hinsicht beschränkt werden; gleichwohl aber wird der Credit des Staats wiederum in Anspruch genommen. Es ist noch nicht lange her, daß über hundert Millionen neuer Steuern bewilligt worden sind, und nun, wo angeblich der Wohlstand der Bevölkerung in fortschreitender Entwickelung begriffen ist, wo doch also die Einnahmen des Staates zugenommen haben müßten, werden wiederum neue Steuern erfordert, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Freilich sollen zunächst die vier untersten Stufen der Classensteuer aufgehoben werden. In feierlicher Weise wird dies als eine dringende Nothwendigkeit hingestellt, die kaum noch eine Verzögerung gestattet. Daß durch diesen Steuererlaß ein Ausfall in den Einnahmen eintritt, ist klar, nicht aber wie er gedeckt werden soll. Geld wird auch gebraucht zu den angekündigten Erleichterungen der Communal- und Schullasten und zu den immerhin in Aussicht genommenen besseren Besoldungen der Beamten. Und da man mit dem Eindringen des Verwendungsgesetzes in der bisherigen Form unliebsame Erfahrungen gemacht hat, so will man es jetzt mit einer Reihe von Einzelgesetzen versuchen. Einstweilen sind die in Aussicht genommenen Wohlthaten Wechsel auf die Zukunft: denn es ist klar, daß nicht eher gegeben werden kann, als bis eben die Fonds dazu vorhanden sind. Auch andere gute Versprechungen sind gemacht, neue und nicht gerade billige Wasserstraßen sollen gebaut werden; auch zu diesem Zwecke soll das Geld wiederum durch eine Anleihe aufgebracht werden, welche durch die Verzinsung für unabsehbare Zeit auch ferner das Budget belasten wird.

Die Thronrede erwähnt in wenigstens indirecter Weise des Reichstages, indem sie darauf hinweist, daß die Vorschläge der Regierung auf Einführung neuer indirecter Steuern bisher abgelehnt worden sind, und die Hoffnung ausspricht, daß die Regierung diesmal bessern Erfolg haben werde. Man kann es nicht leugnen, daß der Erlaß der vier untersten Stufen der Classensteuer der Regierung neue Freunde gewinnen wird; doch müssen wir betonen, daß gegen den Erlaß an sich auch von Seiten der Liberalen niemals ein ernstlicher Einspruch erhoben worden ist, daß diese aber stets einem vernünftigen Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, einer Besorgung der Einnahmen vor Ansetzung der Ausgaben das Wort geredet haben, da sie der Ansicht sind, daß eben so wenig wie im Familienhaushalt in der Verwaltung des Staatswesens die Ausgaben früher angesetzt werden dürfen als die Möglichkeit der Einnahmen gesichert ist.

Die einzige Stelle, welche in der Thronrede hätte überraschen können, ist die, welche die kirchenpolitische Frage betrifft. Denn unmittelbar vorher war von den Berliner Officiösen, besonders in der „Politischen Correspondenz", nicht nur angedeutet, sondern geradezu ausgesprochen worden, daß es diesmal zu einer „Krise" kommen müsse, ohne daß dieses Wort, welches freilich in dieser Anwendung von den Wenigsten verstanden wurde, besonders erläutert war. Und unmittelbar nach diesem Krisis-Artikel wird die vollste Befriedigung über Erfolge der bisher eingeschlagenen kirchenpolitischen Maßnahmen der Regierung ausgesprochen. Wenn man dabei berücksichtigt, daß erst in den letzten Tagen die Aufhebung der Simultanschulen in Crefeld und Frankfurt a. M. angeordnet worden ist, nachdem der Cultusminister Herr v. Goßler gerade in der letzten Zeit sich in Varzin aufgehalten hat, so kann man nicht umhin, zuzugestehen, daß die Regierung unter Erfolgen nur das Nachgeben den festgehaltenen Forderungen des Vaticans gegenüber zu verstehen scheint. Gilt etwa Rom gegenüber wieder jener verhängnißvolle Satz: „Der Starke weicht muthig zurück?"

Es wäre bedauerlich, wenn die preußische Regierung bereits so weit gekommen wäre. Für die Liberalen gilt es mehr denn je, standhaft und fest auf der richtig erkannten Bahn zu bleiben. Nicht Opposition um jeden Preis, sondern wo es irgend angeht, mit der Regierung Hand in Hand zu gehen, um ihr die Nothwendigkeit, die Stütze des Centrums zu suchen, zu nehmen, das muß stets im Auge behalten werden.

Es ist erklärlich, daß gerade in den letzten Tagen das Gerücht von einer Auflösung des Reichstages mehr als je verbreitet wurde; wir glauben, was uns anbetrifft, vorläufig nicht daran. Die Regierung wird im Abgeordnetenhause sehen, inwieweit sie auf eine Unterstützung der Liberalen rechnen kann, und wenn es ihr irgend ermöglicht wird, wird sie von einer Auflösung des Reichstages sicherlich Abstand nehmen. Gleichwohl ist es klar, daß die Liberalen, um ihrer Stimme Gewicht zu verschaffen, durchaus einig sein müssen; und dazu ist zunächst erforderlich, daß nicht die Ueberhebung einzelner Fortschrittsleute für eine größere Anzahl den Ausschlag giebt.

Leipzig, 17. November 1882.

** Wie in gut informirten Kreisen versichert wird, soll Fürst Bismarck bei dem letzten Besuche des Herrn v. Puttkamer in Varzin sich über sein Befinden sehr befriedigend geäußert und der Zuversicht Ausdruck gegeben haben, noch vor dem 30. November in Berlin einzutreffen, wo er sich in reger Weise an den Reichstagsdebatten zu betheiligen gedenkt. Dem Reichstag liegt bekanntlich die Entscheidung über das Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, bevor, welches den Fortbestand der freien Cassen fast unmöglich macht. Ohne Unterschied der politischen und socialen Richtung haben sich daher die an freien Hilfscassen Betheiligten energisch gegen die Vorlage ausgesprochen, zahlreiche Petitionen sind bereits deshalb an den Reichstag gelangt, welche sich besonders gegen die Belastung der Krankencassen mit den Kosten der großen Masse der Betriebsunfälle und gegen die vorzugsweise Berücksichtigung der localen Cassen richten. Die Arbeiter wollen nur Gemeindecassen und freie Cassen, und es ist bedauerlich, daß die maßgebenden Kreise so wenig auf die berechtigten Wünsche derselben Rücksicht nehmen.

* Die „Germania" schreibt: „In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, daß im Laufe des Sommers in Varzin eine Conferenz zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn von Bennigsen stattgefunden hat. Wir sind nicht in der Lage, augenblicklich die Richtigkeit dieses Gerüchtes zu controliren; wir theilen es mit, weil, wenn es sich bestätigt, mannigfache Erörterungen in der Presse dadurch eine nähere Erklärung finden würden."

—* Die Uebersicht über die Resultate der Wahlen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses ist soeben vertheilt worden. Man erfährt daraus, wie groß die Zahl der Wahlmänner ist, welche für die verschiedenen Candidaten gestimmt haben, und ersehen, daß die Majorität in sehr vielen Fällen eine ganz verschwindend geringe gewesen. Als solche Wahlkreise, wo der Sieg durch ganz wenige Stimmen entschieden wurde, nennen wir z. B. Posen-Obornik, Beuthen-Kattowitz, Glogau-Görlitz, Segeberg, Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg, Harburg, Herford, Hagen, Hamm, Teckenburg. In manchen Wahlkreisen sind freilich auch die Mehrheiten über Erwarten groß, so z. B. in den der Fortschrittspartei entrissenen ostpreußischen Wahlkreisen. Eine ganze Reihe von Wahlkreisen giebt es ferner, in denen gar kein oder wenigstens kein ernsthafter Versuch einer Gegencandidatur gegen die herrschende Partei gemacht wurde. Allen voran steht der Wahlkreis des Abg. Windthorst, Meppen, wo alle 206 Wahlmänner für giltig gewählt erklärt wurden, sich alle an der Wahl betheiligten und insgesammt für Windthorst stimmten. Auch im Bennigsen'schen Wahlkreis Neuhaus betheiligten sich von 161 Wahlmännern 158 an der Wahl und stimmten alle für Bennigsen. Derartige Wahlkreise hat namentlich das Centrum eine ganze Reihe aufzuweisen, aber auch in Hameln, Celle, Zellerfeld, Stader Marschkreis, Norderdithmarschen, Wittgenstein, Wiesbaden u. a. sind fast alle Stimmen auf einen einzigen Candidaten gefallen. Seltsam ist es im Oberlahnkreis hergegangen, wo in einer viermaligen Abstimmung derjenige Candidat, Herr Farr, siegte, der zuerst die wenigsten Stimmen erhalten hatte.

** Der Herzog von Ratibor kündigte im Herrenhause an, daß der Entwurf einer Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg nächstens dem Landtage zugehen werde; in Abgeordnetenkreisen verlautet, daß auch ein Entwurf über die Einführung einer Capital-Renten-Steuer im Finanzministerium ausgearbeet werde. — Herr v. Benda wird, einem Beschlusse der nationalliberalen Partei entsprechend, die Wahl als zweiter Vicepräsident annehmen. Die Nationalliberalen werden für Herrn v. Köller als ersten Präsidenten stimmen, bei der Wahl des zweiten (Herr v. Heereman) weiße Zettel abgeben.

** Die zuletzt ausgegebene „Prov.-Correspondenz" nennt als die wesentlichsten Aenderungen, welche bei der bevorstehenden Vereinfachung der Verwaltungs-Organisation durchgeführt werden sollen, die folgenden: Beseitigung der Scheidung zwischen streitigen und nichtstreitigen Verwaltungssachen und Wiedervereinigung der getrennten Behörden in der Bezirks-Instanz, Wegfall des Provinzialraths, Erweiterung der Competenz des Kreis-Ausschusses und gewisser Vereinfachungen im Instanzenzuge.

†† Vor einigen Tagen gingen in der politischen Welt Gerüchte um, wonach zwischen der preußischen Staatsregierung und zwei Bischöfen, von denen der eine den Culturkampf überdauert habe, der zweite aber neu ernannt sei, Differenzen ernstlicher Natur ausgebrochen seien. Die Thatsache war richtig, indeß ob, wie nunmehr verlautet, die Meinungsverschiedenheit, die zwischen dem Bischof Kremenz von Ermland und dem Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen entstanden war, durch den Besuch, den der Bischof in den letzten Tagen in Königsberg abgestattet hat, bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit, wenn auch vielleicht unter anscheinend geringen, doch für die Kirche bedeutungsvollen Zugeständnissen von Seiten des Staates wieder ausgeglichen werden. Anders steht es mit dem Bischofe Felix Korum von Trier. Es scheint sich bei diesem Prälaten auch wieder die alte Erfahrung zu bestätigen, daß die preußische Regierung, wenn sie im Gegensatze zu den wahlberechtigten Domcapiteln einen ihr genehmen Candidaten durch directe Unterhandlungen mit Rom auf einen Bischofsstuhl erheben läßt, regelmäßig einen unglücklichen Griff thut. So ist es z. B. mit dem Erzbischof Droste gegangen, so vor 15 Jahren mit Melchers und Ledochowski, so auch jetzt mit Korum, der von Straßburg aus durch Vermittelung des Feldmarschalls Manteuffel vorgeschlagen und in Koblenz durch den Oberpräsidenten v. Bardeleben begutachtet war. Die Klagen über ihn nehmen bereits einen sehr bedenklichen Charakter an. So wird ihm vorgeworfen, und wie es scheint, nicht ohne guten Grund, daß er dem provocatorischen Treiben der Hetzcapläne nicht die Schranken setzt, die er ihnen zu setzen recht wohl vermöchte! — Wenn Bischof Korum vielleicht auch nichts gethan hat, was mit seiner Mission als „Friedensbischof" unvereinbar wäre, so hat er in dieser Beziehung doch leider vieles unterlassen, was für einen Ausgleich den Boden hätte ebnen können. Noch immer treiben auf Kanzeln und in Beichtstühlen der Trierer Diöcese Geistliche ihr Wesen, denen die fanatische Verhetzung ein Lebenselement ist, und die von einer Versöhnung nur Schaden für sich selber befürchten.

—* Im jüngsten Heft der „Preußischen Jahrbücher" befindet sich ein längerer beachtenswerther Aufsatz des früheren Abg. Fritz Kalle „zur Staats- und Communalsteuerreform in Preußen". In klarer und gründlicher Ausführung kommt der Verfasser zu folgendem Programm bezüglich der Reform des Staatssteuersystems: 1) Die allgemeine directe Besteuerung des Reineinkommens, wie wir sie jetzt in der Classen- und Einkommensteuer haben, bleibt mit der Maßgabe erhalten, daß derjenige Theil des Einkommens, der zu Capitalanlagen verwendet wird, in Abzug kommt und daß ein mit Rücksicht auf die Minimalkosten der Lebenshaltung und die Belastung durch indirecte Steuern berechneter Betrag bei keinem Einkommen steuerfrei bleibt. Gleichzeitig findet eine die richtigere Einschätzung gewährleistende anderweitige Regelung des Veranlagungsverfahrens statt. 2) Die Grund- und Gebäudesteuer bleiben bestehen, unbeschadet etwaige theilweise Ueberweisungen an die communalen Körperschaften. 3) Es wird eine von dem Einkommen aus Zinsen, Renten, Dividenden ꝛc. zu entrichtende Capitalrentensteuer eingeführt. 4) Die Gewerbesteuer wird unter Aufhebung der jetzigen Bestimmungen nach Maßgabe eines fingirten Ertrags des im Gewerbe beschäftigten Capitals umgelegt. Was die Gemeindesteuerreform betrifft, so macht Kalle bezüglich einer Verbesserung des Systems der Zuschläge zu den verschiedenen Staatssteuern beachtenswerthe Vorschläge; daneben will er unter gewissen Umständen die Accisen (Octrois) auf geistige Getränke und andere nicht zu den unentbehrlichen Lebensmitteln gehörende Consumtionsartikel als Gemeindeabgaben zulassen; die Neueinführung besonderer directer Gemeindeabgaben aber unbedingt verboten wissen.

†† Der Tod Kinkel's hat alle seine Berliner Freunde (und zufällig hat die Eröffnung des preußischen Landtages eine größere Anzahl derselben gerade im gegenwärtigen Momente versammelt) aufs Schmerzlichste überrascht. Immer konnte man noch hoffen, daß es ihm wie seinem Mitstrebenden, Ferd. Freiligrath, noch einmal beschieden sein werde, in ruhigem und gesichertem Dasein, im heißgeliebten Vaterlande sein Leben zu beschließen: Das hat nicht sein sollen. In fremder Erde sollte er gebettet sein und aus der Heimath dürfen die Freunde nur den Lorbeer und die Palme für das Grab des treuen Kämpfers und Dulders senden. „König Friedrich Wilhelm IV. verwandelte die gegen Kinkel ausgesprochene lebenslängliche Festungshaft in lebenslängliche Zuchthausstrafe", schreiben heute die Blätter. Es klingt hart, aber es ist den Worten nach wahr. Indessen darf man nicht vergessen, daß schon damals der König beinahe vergeblich gegen den Einfluß einer übermächtigen Camarilla kämpfte, und daß es eine kleine, aber sehr energische und kräftige Partei gab, welche unter allen Umständen Kinkel's Blut wollte. In Varnhagen's Tagebüchern ist darüber mancherlei nachzulesen. Am 10. Juli 1849 sandte der König an Bettina v. Arnim, deren Tochter Gisela sich für Kinkel verwandt hatte, einen Brief von drei eng geschriebenen Seiten, worin er schreibt, er wolle gern alles thun, aber er könne wenig, er finde keinen Minister, der ihm die Begnadigung Kinkel's unterzeichne. Auch habe er seinem Bruder und den Generalen alle Vollmacht ertheilt, die Gesetze zu vollziehen; doch wolle er dem General Grafen v. d. Gröben schreiben und dem Kinkel's Begnadigung ans Herz legen. Eiskalt habe es ihn überlaufen, als er im „Staatsanzeiger" gelesen, daß Kinkel schon erschossen sei, indeß habe er sich bald besonnen, daß die Nachricht nicht richtig sein könne. Acht Tage später schrieb der König ebenfalls an Bettina: „Was ich nicht ahndete, ist, daß Graf Gröben gar nicht die Strafgewalt hat; wer sie aber hat, sagt er nicht und weiß ich nicht". Genug, Kinkel wurde nicht erschossen; er wurde in einem zweiten Urtheil zu lebenslänglicher Festung verurtheilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus — begnadigt. Wie er durch seiner Frau und treuer Freunde Aufopferung gerettet wurde, weiß alle Welt.

§ Der mecklenburgische Landtag ist Mittwoch Mittag durch die Commissarien des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz eröffnet worden. — Zu den Absonderlichkeiten dieser Landtage, bei denen noch möglichst mittelalterliche Gebräuche beibehalten werden, gehört auch, daß die Commissarien der beiden Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, zu denen gewöhnlich Staatsräthe oder andere höhere Beamte auserwählt werden, dort auf Kosten der großherzoglichen Casse ein offenes Haus machen und jeden Mittag große Galatafel halten. Alle adeligen Rittergutsbesitzer, wenn sie ihre scharlachrothe Ritterschaftsuniform, die kein bürgerlicher Gutsbesitzer tragen darf, anziehen, und hin und wieder auch die als Beamten fest angestellten Bürgermeister der meisten Städte als Mitglieder der sogenannten „Landschaft" — die blühende Handelsstadt Wismar, die drittgrößte Stadt der beiden Großherzogthümer, darf den Landtag nicht beschicken — sind, sobald sie ihre Staatsbesuche gemacht haben, fast tägliche Gäste an diesen Tafeln der Commissarien. Für manche adelige Gutsbesitzer besteht hierin ein Hauptreiz, den Landtag recht früh mit ihrer Gegenwart zu beehren. Von der schon oft ver- und besprochenen Umänderung der jetzigen mittelalterlichen Feudalverfassung, die 1755 ihre letzte Revision erhielt, ist es jetzt wieder stiller als still. Treten nicht außergewöhnliche Ereignisse ein oder nimmt nicht der Reichstag sich endlich der Sache an und verhilft der mecklenburgischen Bevölkerung zu ihrem guten Rechte, so wird Niemand im Lande, und erreichte er auch Methusalem's Alter, es erleben, daß Mecklenburg in die Reihe der constitutionellen Staaten eintritt.

*— Für die Beurtheilung der gegenwärtigen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, wo man sich in diesem Augenblick mit der größten Lebhaftigkeit mit den Vorbereitungen zu den am 18. d. M. stattfindenden Neuwahlen zum Landesausschuß beschäftigt, dürfte kein Umstand bezeichnender sein, als derjenige, daß mehrfach altdeutsche Beamte von der Bevölkerung als Candidaten für das reichsländische Parlament aufgestellt worden sind. Aus dieser Thatsache ergiebt sich nicht nur, daß eine Unterscheidung zwischen elsässisch und deutsch bereits fast ganz verschwunden ist, sie ist zugleich ein Beweis für das Vertrauen und die Anhänglichkeit, welches die Bevölkerung des Reichslandes den einzelnen Mitgliedern der deutschen Verwaltung schenkt. Unter Anderm erscheint uns in diesem Sinne besonders erwähnenswerth, daß im Kreise Molsheim, also in einer dem französischen Sprachgebiet angehörenden Gegend, der Oberförster Rey in Hagenau als Candidat aufgestellt wurde und daß diese Candidatur nicht etwa von deutschen Beamten oder sonstigen Eingewanderten, sondern von der eingeborenen Bevölkerung des genannten Kreises veranlaßt worden ist. Eine besondere Beachtung verdient auch der Wahlaufruf, welchen Herr Winterer zum Zweck seiner Wiederwahl in den reichsländischen Landesausschuß erlassen hat; nicht nur, weil Herr Winterer schon seit 1874 Mitglied des deutschen Reichstages ist und hier eine hervorragende Stellung innerhalb der sogenannten Protest-Partei einnimmt, sondern auch weil der genannte Wahlaufruf die Absicht zu haben scheint bei dieser Gelegenheit Herrn Winterer's und seiner politischen Freunde Thätigkeit auf Kosten derjenigen der reichsländischen Regierung in ein helles Licht zu setzen. Diese Absicht erscheint jedoch vollkommen mißlungen. Herr Winterer weiß auch nicht von einer Maßregel zu melden, die er und seine Freunde in ihrer bisherigen politischen Thätigkeit zu Gunsten des Reichslandes bemerkt hätten.

* * *

§ Nach einer Depesche aus Pest verhandelte am Mittwoch die Reichsrathsdelegation das Budget des Ministeriums des Aeußern. In der Generaldebatte hielt der Deputirte Plener eine längere Rede, in welcher er unter Hinweis auf die den Frieden betreffenden Aeußerungen des Ministers des Auswärtigen im Ausschusse, welche durch die preußische Thronrede noch eine Verstärkung erhalten hätten, zugleich die friedliebenden, jeder Aggression abholden Gesinnungen der gesammten Bevölkerung der Monarchie gegen alle Nachbarstaaten hervorhob. Es sei zu hoffen, daß auch in den angrenzenden Staaten, wo sich zuweilen chauvinistische Zeitungsstimmen in dem entgegengesetzten Sinne geltend machten, allmälig eine bessere Einsicht platzgreifen werde. Die gemeinsame Regierung befinde sich mit der Gesinnung der Bevölkerung in erfreulicher Uebereinstimmung. Der Berichterstatter Hübner constatirt die einmüthige Zustimmung der Delegation zu der auswärtigen Politik der Regierung, worauf das Budget für das Ministerium des Aeußern, das Extraordinarium des Kriegsbudgets und die Etats des Finanzministeriums und des obersten Rechnungshofes genehmigt werden. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, in welchem das auswärtige Ministerium aufgefordert wird, auch fernerhin die Interessen der österreichischen Unterthanen in Egypten hinsichtlich ihrer Entschädigungsansprüche auf das Kräftigste zu schützen. Anläßlich der Generaldebatte über das Extraordinarium des Kriegsbudgets sprach der Abgeordnete Greuter der Kriegsverwaltung für die rasche und energische Hülfeleistung in Tirol und ebenso den thätig gewesenen Truppen seinen wärmsten Dank aus.

* In Dalmatien erntet Graf Taaffe die Früchte seiner Nationalitäten-Auslöhnungspolitik, der freilich der frühere Statthalter von Dalmatien, General Rodic, vorgearbeitet hatte. Aber so schlimm wie heute waren die dortigen Zustände unter Rodic doch nicht. Im Sommer dieses Jahres hatte Graf Taaffe unter nichtigen Vorwänden die Gemeindevertretung von Spalato auflösen lassen. In Spalato, wie in den meisten dalmatinischen Städten, hatten seit uralten Zeiten die der italienischen Nationalität angehörigen Einwohner das Uebergewicht, und zählten seit Constituirung des Reichsraths zur verfassungstreuen Partei. Früher Rodic und nun Taaffe arbeiten auf eine Umkehrung der Parteiverhältnisse hin. Bei